

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Einzelnummer 25 Pf. Durch Postträger 1.40 Mk. für die Woche, 6.10 Mk. für den Monat.
Durch die Post: 6.10 Mk. für den Monat.

Verlagsadresse: „Sozialistischer Verlag, o. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die gewöhnliche Zeile in der ersten Spalte 0.90 Mk., in späteren 0.80 Mk.
Werben und Anzeigenpreise: Familienanzeigen, Verlags- und Veranlagungsanzeigen 0.40 Mk.
Rest: Die Zeilenpreise, bezugslos oder beim Raum im Text 3.- Mk.

Wie Severing die Orgeesch „verbietet“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht ein Dokument, das uns zeigt, wie es mit der Severingschen Orgeeschfresserei in Wirklichkeit bestellt ist. Hier wird nun Severing gezeigt, nicht, wenn er donnernde Reden hält, sondern ganz schlicht in seiner ministeriellen Häuslichkeit, in seinen Tafeln. Es ist der folgende Erlaß:

Der Minister des Innern.
II h 898 Or(e).

Berlin, den 19. November 1920.

In meinem Erlaß vom 1. November 1920 — II h Or(e) — habe ich bereits die Gründe auseinandergesetzt, die ein scharfes Vorgehen gegen die privaten Selbstschutzorganisationen im gegenwärtigen Augenblick zur Notwendigkeit machen. Ich weise darauf hin, daß der Erlaß, wie aus seiner Schlußfassung hervorgeht, sich gegen alle Vereinigungen und Verbände richtet, deren Betätigung, Zweck und Wirken dem Strafgesetz zuwiderläuft, gleichviel, welcher politischen Richtung die betroffenen Organisationen angehören, daß also die Organisation Escherich keiner Sonderbehandlung unterworfen werden soll.

Die Herren Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ersuche ich demgemäß nochmals, auf alle Organisationen ihres Bezirkes ein wachsames Augenmerk zu richten. Die Entstehung zahlreicher Verbände und Vereinigungen mit politischem Charakter, ihre Betätigung namentlich durch die Art und den Inhalt ihrer Agitation, und ihre Wirkung auf politisch Andersdenkende bilden infolge der dadurch immer schärfer hervortretenden Gegensätze her verschiedenen Bevölkerungskreise und infolge der Förderung der Spannung zwischen diesen eine ernste Gefahr für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung. Dieser Gefahr muß mit allen zulässigen Mitteln begegnet werden.

Bei den der Organisation Escherich angehörigen oder mit ihm verbundenen Selbstschutzorganisationen ist diese Gefahr infolge der großen Zahl ihrer Untergruppen in Preußen und deren Betätigung im gegenwärtigen Augenblick besonders groß. Ebenso wie ich mich seinerzeit nach den Märzereignissen mit Schärfe gegen die Bildung der sogenannten „Arbeiter- und Ortswehren“ gewandt, und, wo diese Bildung bereits erfolgt war, deren Auflösung verfügt habe, ist es nunmehr ein Gebot der Gerechtigkeit, daß jetzt mit gleicher Schärfe gegen alle Organisationsvorgänge vorgegangen wird, die den Boden des Gesetzes verflachen haben.

Zu verbieten sind also insbesondere alle Vereine und Verbände, die sich mit Waffen versehen oder die gegen die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1147) verstoßen. Das Bestehen eines Verbandes polizeilicher Art kann bereits dann angenommen werden, wenn eine Einzelorganisation nach ihren Zwecken polizeiliche Aufgaben sich zu ihrer Aufgabe macht und sich zu deren Erfüllung polizeiliche Befugnisse anmaßt oder in sonstiger Weise Mittel polizeilicher Art anwendet.

Wird nach pflichtmäßiger Prüfung der Verdacht des Vorliegens einer Gesetzeswidrigkeit im Sinne der obigen Ausführungen als begründet erachtet, so sind mit größtem

Nachdruck diejenigen Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, alle durch die Tätigkeit und Wirkung solcher Vereine für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung drohenden Gefahren zu beseitigen.

gez. Severing.

An alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten.

Hier ist nichts mehr von dem „Kampf gegen die Reaktion“ geblieben. Hier gibt der Herr Minister, indem er an sein Vorgehen gegen die Arbeiter und Ortswehren erinnert, seiner Bürokratie freie Hand zum Vorgehen gegen die Arbeiterschaft. Hier wendet er sich gegen eine „Sonderbehandlung“ der Orgeesch, d. h. er empfiehlt seiner Bürokratie, nichts gegen die Orgeesch zu unternehmen; er legt endlich alle Entscheidung in die Hand der örtlichen Bürokratie, d. h. er bahnt den Weg für das Zusammenarbeiten dieser Bürokratie mit der Orgeesch. Die Aufhebung des Orgeeschverbots für Schlesien durch einfachen Gerichtsbeschluß, die aufgedeckten engen Beziehungen der Waldenburger Orgeesch zu Regierungsbehörden zeigen, wohin die Reise geht.

So sieht der Orgeeschfresser Severing, von dessen Tätigkeit die sozialdemokratischen Führer jetzt im Wahlkampf so viel rühmendes Geschrei machen, in Wirklichkeit aus. Was ist er anders als ein Lakai der Orgeesch, der die Aufgabe übernommen hat, durch seine Scheinverbote die Arbeiterschaft vom wirklichen Kampf gegen die Orgeesch abzuhalten und bei ihr die Illusion zu erwecken, als sei es möglich, die Konterrevolution durch bloße Gesetzesparagrafen zu besiegen?

Was sind die Mehrheitssozialisten, die um der Ministerherrlichkeit à la Severing willen den wirklichen Kampf gegen die Orgeesch ablehnen, die die Arbeiterschaft noch immer auf den Stimmzettel, auf eine Demokratie verstoßen, wo Herr Severing heimlich die Orgeesch unterstützt, anderes als Lakaien der Orgeesch?

Die Mehrheitssozialisten haben es abgelehnt, eine gemeinsame Kampffront des Proletariats gegen die Konterrevolution zu bilden. Sie sind aber jederzeit bereit, heimlich, wie es ihr Parteigenosse Severing tut, die Orgeesch zu unterstützen. So sehen diese „Kämpfer gegen die Reaktion“ in Wirklichkeit aus.

Die tatsächliche Lage ist jetzt so, daß die Orgeesch in Preußen mit Unterstützung der Bürokratie und unter stillschweigender Duldung und Genehmigung des sozialdemokratischen Polizeiministers Severing aufgebaut wird. So sieht das „Bollwerk der Arbeiterklasse“ aus.

Diese Tatsachen jagen den Arbeitern genug. Die mehrheitssozialistischen Führer, die soviel radikale Phrasen im Munde führen, stecken tatsächlich unter einer Decke mit der Orgeesch. Sie sind es, die die gemeinsame Kampffront des Proletariats gegen die Orgeesch zerbrechen wollen. Doch sie werden ihr falsches Spiel nicht gewinnen.

Die Not der Stunde rüttelt die Arbeiter aus ihrer Passivität auf. Sie rufen sie auf, sich über alle Hindernisse, auch über die Köpfe einiger Parteiführer hinweg, zusammenzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die Orgeesch, die Konterrevolution!

Die Lehren der Waldenburger Orgeesch-Enthüllungen.

Ein bis ins einzelne ausgearbeiteter Kampfplan, die Bewaffnung aller Orgeesch-Ortsgruppen, die Verteilung und Verschlebung der Waffen unter dem Decknamen „Zigaretten“, „Pfeifenkass“ usw., ein umfangreicher, sich über ganz Niederschlesien erstreckender Spionagedienst, enge Verbindung der Orgeesch mit den Staatsbehörden, ein ausgebautes Führersystem, die Finanzierung der Waldenburger Orgeesch durch die Großbourgeoisie: alles das wurde durch die zuerst in der „Schlesischen Bergwacht“, dem Organ der Waldenburger S. P. D., und dann auch von uns veröffentlichten Dokumente an das Tageslicht gebracht. Der Versuch eines Dementis durch die in Breslau sitzende Orgeeschleitung für die Provinz Schlesien war, soweit er Tatsächliches anbetete, eine Bestätigung der Echtheit der veröffentlichten Dokumente. Das schlesische Proletariat hat durch sie ein Bild bekommen von der Rüstung des Bürgertums zum Bürgerkrieg. Das, was die Orgeeschführer und ihre dienstbaren Begreppile behaupten, daß diese Rüstungen nur der Abwehr von angeblich zu befürchtenden „Linksputschern“ dienen sollen, glaubt, hoffen wir, kein Arbeiter.

Die ganze politische und wirtschaftliche Situation ist vielmehr so, daß sich alle militärischen Rüstungen des deutschen Bürgertums offensiv gegen das Proletariat richten. Das Proletariat ist ja schon seit zwei Jahren der Angriffszone. Stück für Stück hat es auf politischem und sozialem Gebiete seit Ende Dezember 1918 zurückweichen müssen und alle die Teilkämpfe in Berlin, München usw. waren verzweifelte Abwehrkämpfe gegen die immer stärker werdende Gegenrevolution. Und heute haben die Ausbeutung durch das Privat- und Staatskapital, die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat in Form von Steuern und das damit verbundene Elend einen solchen Grad erreicht, daß zu ihrer weiteren Steigerung die bisherige Unterdrückungsform, die Gegenrevolution, unter Wahrung des demokratischen Scheins nicht mehr hinreichen. Die Not hat schon einen für große Massen unerträglich werdenden Grad erreicht, jeder Tag steigert das Elend, zwingt das Proletariat mehr zur Abwehr gegen den Untergang in einer barbarisch-tierischen Lebensweise. Das Bürgertum aber hat keinen anderen ernsthaften Ausweg, wie die krankhafte Aufrechterhaltung der zusammenbrechenden Profitwirtschaft durch Verhängung noch größerer Not über das Proletariat. Sie ist gerüstet und bereit, zu diesem Zweck eine weiße Schreckensherrschaft aufzurichten, in der die bürgerliche Demokratie als feile Dirne der Stinnes, Escherich und Lubendorff bereit ist, dem Kapital tausende Proletarierleben zu opfern. Täte sie es nicht, würde sie selbst geopfert werden.

Die bekannt gewordenen Rüstungen der Orgeesch sind nur ein kleiner Teil der Vorbereitungen der Bourgeoisie für die Aufrichtung eines brutalen Schreckensregiments. Die Rüstungen betreibt die Bourgeoisie nicht nur in ganz Deutschland, sondern in der ganzen Welt.

Gemeinsam wollen sie das Rückgrat der Weltrevolution zerschmettern, um dann leichter überall mit dem Proletariat im eigenen Lande nach ungarischem Muster fertig zu werden. Ein neuer Angriff gegen Rußland, außer denn je, wird vorbereitet. Die Gefahr ist groß. Die Orgeesch ist angriffsbereit gegen das deutsche Proletariat und wenn möglich auch gegen Rußland. Das Proletariat muß der Gefahr entgegenreten.

Die S. P. D.-Führer verlagen in dieser Beziehung vollständig. Die „Schlesische Bergwacht“ bringt es fertig nach all den Erfahrungen, die das Proletariat seit Jahren mit der weißen Justiz gemacht hat, noch die Hoffnung anzuhängen, daß diese Justiz, unter deren Richter die Anhänger der Reaktion besonders stark vertreten sind, „die Orgeesch ein für allemal erledigen“ werde. Sie schreibt am 18. Januar:

„Wenn die aburteilenden Richter dieser Anschauung (daß die Orgeesch eine polizeilich-militärische Organisation sei) beitreten sollten, was wir anders bei dem vorliegenden schlüssigen Material uns gar nicht vorstellen können, dann ist, wie schon gesagt, die Orgeesch ein für allemal erledigt. Demgegenüber ist es von sehr viel geringerer Wichtigkeit, wie hierbei die einzelnen führenden Personen abgehauen. Nur müssen wir ganz selbstverständlich verlangen, daß diese dadurch nicht etwa vernachlässigt werden, denn sie haben auch als einzelne die strengste Strafe verdient.“

Jedenfalls darf man nach alledem mehr als bisher annehmen, daß die ganze Aktion nicht abends wie das

Die Landarbeiter in Polen vor dem Streit.

(Originalbericht der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Warschau, 18. Januar. Die wirtschaftliche Lage verschärft sich hier zusehends. Zu den bevorstehenden Streiks der Eisenbahner, Postangestellten, Metallarbeiter und Schuster gesellt sich diesmal der Generalstreik der Landarbeiter.

Die jede Vorstellung übersteigende Verelendung der Landarbeiter hat den Vorstand des Landarbeiterverbandes zu einem scharfen Vorgehen gegen die Regierung gezwungen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird von der Regierung die Regelung aller schwebenden Fragen, insbesondere der Abschluß eines neuen Tarifvertrages verlangt. Als weiterer Termin wird der 1. Februar angegeben.

„Sollten“, wird in der Resolution weiter erklärt, „bis zu diesem Termin die Verhandlungen nicht aufgenommen werden, dann muß der Landarbeiterverband jede Verantwortung für die Folgen ablehnen, die ein Streit heraufbeschwören wird.“

Zuletzt werden alle Bezirke aufgefordert, ohne Rücksicht auf die möglichen Verhandlungen, alles vorzubereiten, um

an einem vom Vorstand zu bestimmenden Termin in den Streit treten zu können.

Streik und Betriebsstilllegung in Lodz.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Lodz, 18. Januar. Seit gestern streiken hier die Straßenbahner. Die verlangte Lohnerhöhung um 30 Proz. ist nicht bewilligt worden. Die Forderungen der Straßenbahner wurden mit der Entlassung des Gewerkschaftssekretärs beantwortet. Die Arbeiter verlangten die Wiedereinstellung des Entlassenen, widrigenfalls alle in den Streit treten würden. Nach Ablauf der gestellten Frist ist der Streit ausgedroht.

Wegen Kohlemangels mußten gestern die Textilfabriken Beyer und Posnanaki geschlossen werden. Sechstausend Arbeiter sind arbeitslos. Die Wirtschaftskrise nimmt immer schärfere Formen an. Die polnische Mark steht tiefer als die österreichische Krone.

Hornberger Schläfen ausläuft, das heißt, daß die Gerichte nach vielerlei aufsehenerregenden Maßnahmen am Ende doch noch zu einem Freispruch kommen. Dem sehr zweifelhaft gewordenen Ansehen der Justiz dürfte das nur sehr dienlich sein."

Die Erweckung solch trägerischer Hoffnungen, die das Proletariat vom Selbstschutz gegen die Orgeß abhalten, ist ein verbrecherisches Spiel mit dem Leben der Arbeiter. Nicht weniger gemeingefährlich ist die Benutzung der Orgeßfrage zur Wahlmanoe. Die Orgeß kann nicht durch den Stimmtettel entwaffnet werden. Als die sozialistische Mehrheit des Bremer Parlaments die Auflösung der Bremer Orgeß, genannt Stadtwehr, beschloß, rüfelte das Bremer Bürgertum zur Abwehr mit gewaltsamen Mitteln und fand dann noch die Unterstützung der Reichsregierung. Die deutsche Orgeß, die auf die Noten der starken Entente pfeift, würde auch über die Beschlüsse irgend eines der schwächlichen Parlamente und sei es der Reichstag oder die preussische Landtagerversammlung.

Der einzige sichere Weg gegen die dem ganzen Proletariat von der Gegenrevolution drohende Gefahr führt über die Einigung des Proletariats zum Kampf. Diese Einigung hatte sich die R. R. P. D. mit dem Offenen Brief an die Zentralen aller Arbeiterorganisationen gesteckt. Der Zentralvorstand der S. P. D. in Berlin hat es ebenso, wie der der U. S. P. D., abgelehnt, mit uns in Verhandlungen über die Forderungen und den Weg für eine gemeinsame Aktion des ganzen Proletariats einzutreten.

Die Einigung des Proletariats zum Kampf ist die einzige Abwehrmöglichkeit gegen den drohenden Untergang in Not und Elend unter der Herrschaft des weißen Schreckens. Die geschlossene Front des ganzen Proletariats ist die einzige Kraft, die stark genug ist, zur Zerschmetterung der gestülpten Front der Gegenrevolution.

Die Waldenburger Orgeßenthüllungen würden für die Raß gewesen sein, wenn die Arbeiterschaft nicht daraus als Lehre ziehen würde, Einigung des Proletariats auch über die Spitze der Führer hinweg zum Kampf gegen die Orgeß mit dem Ziel: Entwaffnung aller Orgeß-Formationen und Schaffung von Selbstschutzorganisationen der Arbeiter und Angeestellten.

Politische Uebersicht.

Eine neue Weiße Armee gegen Sowjetrußland.

DA) Berlin, 18. Januar. Aus einem Tagesbefehl des Generals Balachowitsch, der in russischen antibolschewistischen Zeitungen veröffentlicht wird, geht hervor, daß die antibolschewistischen weißrussischen Truppen sich zu einer einheitlichen Gruppe zusammengeschlossen haben, die den Namen „Grüne Erde“ trägt. Oberkommandant dieser Truppe ist General Balachowitsch geblieben. Er setzt den Kampf gegen die rote Armee weiter fort.

Die Bergarbeiterverbandsvorstände zur Sozialisierung.

Eine Vorstandskonferenz des Bergarbeiterverbandes, aus allen deutschen Bergbau- und Bergbauverwaltungen bestehend, tagte in Berlin. In mehrstündiger Debatte wurde von allen Rednern die sofortige Sozialisierung der Bergwerke gefordert und das Ergebnis in einer Resolution niedergelegt, in der ausdrücklich zum Ausdruck kommt, daß der Bergarbeiterverband an dem Beschluß seiner Generalversammlung in Bielefeld (1919) über die Sozialisierung des Bergbaus und an der gleichgerichteten Entscheidung des Internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf (1920) festhält.

Dann heißt es weiter: „Wir versprechen unter Sozialisierung die Übertragung der vollen Verfügungsgewalt über die Gewinnung und Verteilung der Bodenschätze auf eine durch die Reichsregierung betriebene Vertretung des Volksganges. Die in jüngerer Zeit rapide fortgeschrittene kapitalistische Verwertung der Bergbauindustrie bedroht die Interessen des Volksganges in wachsendem Maße. Der unbedingte nötige Schutz der öffentlichen Interessen gegen die privatkapitalistische-monopolistische Beherrschung unserer wichtigsten Rohstoffindustrie ist der Hauptgrund für unsere Sozialisierungsforderung. Sie ist keine „spezielle Bergarbeiterfrage“, sondern eine Volksangelegenheit. Die Unternehmervorschlüsse beabsichtigen keine Sozialisierung, aber eine ungenügende Unterbrechung der privaten, gemeingefährlichen Betreibungsbeschränkungen. Der Vorschlag „Kleinaktien“ auszugeben, will die falsche mamonistische Gewinnhacht noch verstärken. Der Verband lehnt das entschieden ab! Von der Reichsregierung fordern wir, daß sie das am 5. August und 22. September 1920 gegebene Versprechen, einen Gesetzentwurf, der die tatsächliche Sozialisierung des Bergbaus bezweckt, einzubringen, ohne weitere Verzögerung einleitet.“

Damit wird versucht, den Stimmesplänen ein Ende zu bereiten. Aber parlamentarisch läßt sich die Sozialisierung nicht durchführen, sie muß auf revolutionärer Grundlage erzwungen werden!

Vom Kampfe gegen Waffens- und Lebensmittelschiebungen.

Welche gewaltigen Dimensionen der Schieberhandel mit Lebensmitteln und Gebrauchsgütergegenständen aller Art angenommen hat, und in welchem Umfange die deutschen Realitäten ihre Meinungsgenossen im In- und Auslande mit dem nötigen Waffensmaterial gegen das Proletariat und Sowjet-Rußland versorgen können, läßt ein uns zugewandter Brief über die Ergebnisse der Transportkontrolle vom Ende August 1920, die von dem sächsischen Eisenbahnen ausging, sich erkennen. Es wurden angehalten aus Gründen der:

a) Neutralität:

Etwa 136 Wagen, wovon drei zur Beschlagnahme kamen. Der Inhalt bestand u. a. aus Zinkblech, Hart-Schwefel, Ammonien, Zuckerglycerin (zur Munitionszwecken verwendbar), Koffkapsler, Infantereigenschaften,

Hülßen, Salpetersäure, Kobalt, Weichblei, Kartuschhüllen, Verbandsmull, Kautschukplatten, Negatron, Zinkasche, Vitriol und Messing. Drei Wagen mit Seltengewehren, Munition und Waffen wurden beschlagnahmt. Diese Sendungen sollten restlos nach der Tschechoslowakei und Desterreich gehen.

b) Verhinderung wirtschaftl. Ausplünderung: 116 Wagen wurden angehalten. Der Inhalt bestand aus teils abmontierten Maschinen (Textilmaschinen, Webstühlen), Werkzeugmaschinen, Feinschrot, eisernen Trägern, Stiefeln, Zivilleidung, Holzgerät usw. Davon blieben 115 Wagen beschlagnahmt. Ein Teil davon ging unter falscher Deklaration.

c) Waffenschiebungen:

Angehalten wurden elf Sendungen, welche keine vorchriftsmäßigen Vermerke auf den Abfertigungspapieren trugen. Neun Sendungen sind, nachdem die Richtigkeit festgestellt worden war, freigelassen worden. Eine Sendung wurde sofort von der Militärverwaltung wieder ausgeladen, eine Sendung steht noch heute.

d) Lebensmittelversorgung:

Etwa 75 Wagen wurden angehalten. Der Inhalt bestand größtenteils aus Kartoffeln, Zucker usw. Vier Wagen Zucker mußten freigelassen werden, da sich die Richtigkeit herausstellte. Weitere Zuckerwagen wurden nach etwa zehn Tagen aus noch unbekanntem Gründen auf Anordnung der Kreisauptmannschaft freigegeben. Fünf Kartoffelwagen waren zu einer Hilfsaktion nach Desterreich bestimmt. Die übrigen Wagen wurden von der Regierung beschlagnahmt.

e) Entwaffnungsfrage:

Festgehalten wurden 25 Wagen, welche als Altisen deklariert waren, in Wirklichkeit Geschützteile und sonstiges Militärgerät enthielten. Andere Sendungen enthielten Vitriolsäure, welche für verschiedene deutsche Forstereien bestimmt war. Erst nach Verständigung mit den Betriebsräten an Ort und Stelle wurde sie freigegeben. Außerdem ist eine Kiste mit Gewehren, welche an einen Hauptmann nach Dresden ging, festgelegt worden. Neun Wagen Flugzeuge, welche aus der Richtung von Bayern nach Danemark bestimmt waren, wurden festgehalten. Ueber Nacht wurden sie ohne Genehmigung des Hauptbetriebsrates abgeführt und zwar in der Richtung nach Berlin, wo sie aber nie eingetroffen sind.

Die Kontrolle der sächsischen Eisenbahnen ist also sehr erfolgreich gewesen, was abermals die Richtigkeit unserer Forderung nach der Kontrolle aller Betriebe durch die Arbeiterschaft selbst beweist. Sie ist um so notwendiger jetzt, da die Bourgeoisie durch Betriebsstillegungen aus zum Teil wichtigen Gründen eine Art Generaloffensive zur weiteren Zermürbung des Proletariats eingeleitet hat. Dieser Sabotage muß sich die Arbeiterschaft mit aller Energie erwehren, wozu Voraussetzung ihre geschlossene Aktion und nächstes Mittel die verschärfte Produktionskontrolle ist.

Pazifisten.

In der Schlußsitzung des preussischen Landtags hielt der bekannte Redner Hindenburgs und Lubendorfs, der unabhängige Abgeordnete Cohn eine Rede, in der er erklärte: „Der Pazifismus trenne die Unabhängigen von den Kommunisten, die den Krieg für notwendig halten, um den Kommunismus in der Welt zu verbreiten.“ Herr Cohn und die Unabhängigen werden den Kapitalismus nicht mit dem Schwerte besiegen. Sie werden ihn überreden und überzeugen, sich selbst zu vernichten. Das kann man nur tun, wenn man im Frieden mit dem Kapitalismus lebt. Denn wie kann man einen überzeugen, wenn man ihn nicht friedlich zuredet, sondern den Knüttel über ihn schwingt? Darum schrieb Cohn in das Buch der Geschichte den Spruch: „Ohne Weltfrieden kein Sozialismus, und ohne Sozialismus keinen Weltfrieden.“ Diesen Spruch konnte er kürzer fassen: „Wir Unabhängigen haben die Hozen voll.“ Das würde auch klarer sein und würde besser das A und O der unabhängigen Politik erklären.

Ein Protestschulfreil in Halle.

Gegen die Reichsgründungsfeier, die in den Schulen mit der nötigen nationalistischen Umrahmung gefeiert werden sollte, beschloß die kommunistische Elternbeiräte Halles am 18. Januar zu einem allgemeinen Schulfreil für alle Volksschulen aufzurufen. Der Schulfreil wurde auch restlos durchgeführt, so daß in den meisten Schulen der Unterricht nur in ganz beschränktem Maße erteilt werden konnte.

Arbeitslojendebatte im Halle'schen Rathaus.

Halle, 18. Januar. U. z. meldet, daß es in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Halle zu tumultartigen Szenen kam. Der Stadtverordnetenvorsteher hatte dem Empfang einer Abordnung der Arbeitslosen abgesehen, daß sie ihre Wünsche der Versammlung persönlich vorbringen konnten. Unsere Genossen kritisierten dieses Verhalten des Vorstehers in der Sitzung aufs energichste, während die Bürgerlichen die Arbeitslosen beschimpften. Darauf protestierten diese, die auf den Tribünen der Sitzung beobachtet. Die öffentliche Sitzung wurde geschlossen und die Arbeitslosen aufgerufen, sich unter Abfragen der Internationale.

Erwerbslojendemonstration in Posen.

Gegenüber alarmierenden Nachrichten über große Erwerbslojensituation in Posen geben wir folgenden Originalbericht: Am Montag versammelten die Posener Erwerbslosen eine Versammlung, in der auf Wunsch der Arbeitslosen unser Genosse Magensberg sprach. Daus wurde auf Antrag des Vorstehers eine Kommision gewählt, die mit den Stadtbehörden unterhandeln sollte. Von anderer Seite wurde angeregt, eine Demonstration nach dem Rathaus zu veranstalten, um so die dort tagenden Stadtverordneten zu veranlassen, der Erwerbslojensfrage-Beschleppung ein Ende zu machen. Nach langer Verhandlungsbillete, in der die rechtssozialistischen Stadtverordneten sich kurz gegen die

Erwerbslosen wandten, da die Verschleppung nicht an der Stadt, sondern an den Reichs- und Landesinstanzen läge, bestand unsere Fraktion aber auf Behandlung der Erwerbslojensfürsorge als Dringlichkeitsantrag. Um die Tribunale der Erwerbslosen vorzuenthalten, hatten die Rechtssozialisten ihre Genossen zur Besetzung derselben aufgebildet. So erhielten die Erwerbslosen keinen Zutritt zu dem Verhandlungssaal, bis dann nach den langen Debatten über die Behandlung des Dringlichkeitsantrages den Erwerbslosen die Geduld verging und doch einige einbrangen. Auf ihre Zurufe wurde die Stadtverordnetenversammlung von Vorsitzenden geschlossen. Die Erwerbslosen drängten nun in den Verhandlungssaal, aus dem die Bürgerlichen flüchteten. Die Erwerbslosen verlangten stürmisch Behandlung des Dringlichkeitsantrages der kommunistischen Fraktion. Endlich nach einer halben Stunde konnte die Anwesenheit von 43 Stadtverordneten und damit die Beschlußfähigkeit vom Vorsitzenden konstatiert werden. Nach langem Hin- und Herreden erzwangen dann die Erwerbslosen, daß ihr Sprecher das Wort erhielt. Genosse Dietrich schilderte das Elend der Erwerbslosen und bemerkte, daß sie zur Gewaltanwendung kommen müßten, wenn die Kommunisten ihre Interessen nicht mehr vertreten würden. Der Stadtverordnetenvorsteher wollte nun die Angelegenheit der Erwerbslosen der inzwischen gebildeten Kommission überweisen, ohne über den Dringlichkeitsantrag abstimmen zu lassen. Dadurch kam es zu neuen Konflikten, in deren Verlauf der ungeschickte Vorsteher kurzerhand die Sitzung schloß.

Gewiß wollten nun die Erwerbslosen die flüchtenden Stadtverordneten nicht aus dem Sitzungssaal herauslassen, aber es haben weder irgendwelche Gewalttätigkeiten stattgefunden, noch ist einem der Herren ein Haar gekrümmt worden.

Ausland.

Die Lügenmeldungen über Lenins Krankheit.

Moskau, 15. Januar. (Via Stockholm. „Kosta Bien.“) Entgegen den Gerüchten über eine Krankheit Lenins befindet sich Lenin in bester Gesundheit. Die Ursache zur Entstehung dieses Gerüchtes war wahrscheinlich die Erkrankung des inzwischen verstorbenen hervorragenden Chemikers und Mitglied des Obersten Wirtschaftsrates Karpow. Die bedeutendsten Aerzte waren nach Moskau berufen worden, um ihm ihre Hilfe angedeihen zu lassen.

Der italienische Parteitag in Livorno.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Livorno, 18. Januar. Die gestrige Vormittagsitzung wurde durch das Referat Lazzaris, des Vertreters der Mittelgruppe zwischen der reformistischen Fraktion und der Serratischen einheitskommunistischen Fraktion in Anspruch genommen.

Der Redner erinnert an die Vorgeschichte der italienischen Sozialistischen Partei und verteidigt seine rein sozialdemokratisch-sozialpazifistischen Grundsätze, wobei er häufig von Zwischenrufen der Kommunisten unterbrochen wird. Am Ende seiner Rede, die mit einem Appell an die Parteieinheit schließt, wird er lebhaft von Reformisten und Einheitslern applaudiert, die die ehrwürdige Figur des alten Führers der „intransigenten Sozialisten“ für ihre Zwecke ausnützen.

Die Rede Terracinis (Kommunist).

Terracini hält das Referat für die kommunistische Fraktion. Er setzt den Unterschied zwischen den kommunistischen und sozialdemokratischen, durch die „Konzentrationsfraktion“ in der italienischen Partei vertretenen Grundsätzen auseinander, er polemisiert gegen den reformistischen Parteitag vom Reggio Emilia und zeigt die Unvereinbarkeit einer solchen Fraktion mit der Dritten Internationale. Er widerlegt erfolgreich die Einwände der Einheitskommunisten und schließt mit der Erklärung: die Kommunisten halten ihre Resolution uneingeschränkt aufrecht. Die Einheitsler unterbrechen einige Male die Rede Terracinis, aber die Kommunisten treten kompakt für ihren Redner ein und nehmen den Schluß seiner Ausführungen mit einer lang anhaltenden, enthusiastischen Zustimmungsdemonstration auf.

Baratono (Einheitsler)

besteht darauf, die Rednertribüne und spricht namens der Fraktion Serratis. Er erklärt ihre Bereitschaft, die 21 Punkte in dem Sinne anzunehmen, daß die Delegierten, die nicht für deren Annahme stimmten, aus der Partei ausgeschlossen würden. Diese zweideutige Formel, die im schärfsten Widerspruch zu der praktischen Haltung der Einheitsler steht, rufte lebhaften Widerspruch hervor. Es handelt sich um ein Manöver der Serratifraktion, um Unklarheit zu sän gegenüber der klaren energischen Haltung der Kommunisten, die nicht nur die formelle Annahme der Moskauer Bedingungen fordern, sondern ihre tatsächliche Anwendung, einschließlich der Ausschließung der reformistischen Fraktion.

Die italienischen Kommunisten und die Gewerkschaften.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“)

Livorno, 18. Januar. Die Haltung der Gewerkschaften im Falle der Parteispaltung war immer eine brennende Frage. Genosse Terracini, der Sprecher der kommunistischen Fraktion, erklärte heute, eine Spaltung der Gewerkschaften sei völlig ausgeschlossen. Auch wenn es in der Partei zur Spaltung käme, würden die Kommunisten in den Gewerkschaften bleiben und darin kommunistische Fraktionen bilden.

Wahlauschluß.

Die Mitglieder des Wahlauschlusses haben sich Freitag, den 21. Januar, im Bezirksbüro einzufinden. Die Bezirksleitung, J. A. Gräßlich.

Die „Herabwürdigung“ zum politischen Diskussionsklub.

Zur Kritik im internationalen Bund der Kriegsoffiziere.

Von Waldemar.

Die Januarnummer der „Mitteilungen des Internationalen Bundes der Kriegsoffiziere“ bringt unter der Uberschrift „Spaltung des Internationalen Bundes?“ einen sechspaltigen Leitartikel, der mit folgenden recht sonderbaren Ausführungen beginnt:

„Der Pressefeldzug des Genossen C., von dem wir in der vorigen Nummer berichteten, hat seine Früchte getragen: Ein breiter Riß durchzieht die bisher geschlossene Organisation. Innerlich ist die Spaltung des Bundes bereits vollzogen. C. hat sein Ziel erreicht, das ist mit kurzen Worten das Ergebnis der Gauvertreterkonferenz vom 5. Dezember.“

Jeder, auch der Kriegsbeschädigtenbewegung ferner Stehende wird sich unwillkürlich fragen, ob wirklich ein einziger Genosse eine solche journalistische Zauberkräft besitzt, daß er mit einigen Zeitungsaufstellungen eine ganze, innerlich gesunde Organisation umwerfen kann, wie einst wenige Vorkämpfer die Mauern von Verdis. Ist es nicht wahr, daß ein Gebäude äußerlich zusammengebrochen ist, das schon längst im Gehalt morsch und faul war?

Was ist geschehen?

Die Kommunisten unter den Kriegsoffizieren sind im Begriff, sich innerhalb der einzelnen Organisationen der Kriegsbeschädigten zu Fraktionen zusammenzuschließen. Die Bildung dieser kommunistischen Fraktionen ist nicht Selbstzweck, sie entspricht nicht dem Bedürfnis nach einem neuen Vereinchen im Bereich, sondern sie ist lediglich eine Arbeitsgemeinschaft mit der einzigen Aufgabe, den Kampf der Kriegsoffiziere herauszuführen aus dem Sumpf des Reformismus und Pazifismus und ihn überzuleiten in einen im revolutionären Sinne geführten Kampf in engster Gemeinschaft mit dem Gesamtproletariat.

Unsere Genossen erfüllen damit nur eine selbstverständliche Pflicht, die sie mit ihrem Bekenntnis zu den Grundsätzen der 3. Internationale übernommen haben, und man hätte annehmen sollen, daß sie dabei am wenigsten auf den Widerstand der Bundesleitung gestoßen wären, die früher behauptete, auf dem Boden des entschiedenen Sozialismus zu stehen, aber heute in einer unglaublichen logischen Verkennung folgendes von sich versichert:

„So wenig wir politisch neutral waren, so entschieden und ehrlich war der Bund, nicht zuletzt die Bundesleitung, neutral, gegenüber den verschiedenen sozialistischen Richtungen innerhalb des Bundes.“

Diese „entschieden und ehrliche“ Neutralität besteht aber praktisch darin, daß die Bundesleitung die kommunistischen Aktionen auf das schärfste bekämpft und im Lobe der menschewistischen Gewerkschaftspresse also über die Beschädigung der Kriegsbeschädigten-Interessen zeteri:

„Mögen C. und seine Freunde noch so eifrig betonen, daß sie keine Spaltung wollen, sie sind politisch erfahren genug, um zu wissen, daß die Errichtung einer geschlossenen Organisation innerhalb des Bundes Gegenwirkungen auslösen muß, die dann schließlich zur Spaltung führen; die Leidtragenden sind die Opfer des Krieges, auf deren Rücken der Kampf ausgeführt wird.“

Daß die Bundesleitung ihre Kritik nicht offen an die Adresse der Partei richtet, sondern sie immer und immer wieder in die persönliche Polemik gegen einen bestimmten Genossen kleidet, von dem sie genau weiß, daß er im Sinne seiner Partei handelt, ist nicht nur ein Zeichen großen Mutes, sondern im konkreten Falle auch eine besonders schmutzige Denunziation.

Im übrigen beweist die Bundesleitung dadurch, daß sie die Frage der Kriegsbeschädigtenbewegung zu einer Frage der Stellung gegenüber den einzelnen Parteien machen will, daß sie das ganze Problem von einem falschen Gesichtswinkel aus beurteilt.

Nicht die Frage für die R. A. P., B. R. P. D. oder für die U. S. P. steht zur Diskussion, sondern die Frage lautet: Für oder gegen den Kommunismus?

Die Bundesleitung ist durch die kommunistische Fraktion vor die Notwendigkeit gestellt worden, sich zu entscheiden, und die Entscheidung ist so gefallen, wie wir sie erwartet haben: Während sich die Mehrzahl der führenden Funktionäre im Reich auf den Boden der kommunistischen Leitsätze gestellt haben, ist die Bundesleitung in das Lager der Antiholzkämpfer abgewandelt und kündigt bereits „Abwehrformationen“ innerhalb des S.-B. gegen die kommunistische Gefahr an. Sie hofft, daß sie sich auf dem zu Ostern in Magdeburg stattfindenden außerordentlichen Bundeskongress entscheiden werde, ob der Bund zu einem politischen Diskussionsklub herabgewürdigt werden soll oder ob er nach wie vor als Interessenvertretung der Kriegsoffiziere zu gelten hat.

Steigt den Leuten, die solches schreiben, wirklich nicht die Schamröte ins Gesicht, ob dieses beispiellosen Verrates an der sozialistischen Kriegsbeschädigtenbewegung?

Dieselben Leute, die das heute zu schreiben wagen, haben eine Organisation gespalten und eine neue gegründet unter dem Schuttschutz für die politische Bewegung der Kriegsoffiziere, für die Rätediktatur, für die Weltrevolution!

Es ist bezeichnend für die vollständige Verwirrung und Auflösung, in der sich die R. A. P. befindet, daß gerade ein Teil dieser Leute die einzige Stütze dieser reaktionären Tendenzen ist.

Die Enttarnung der Bundesleitung war jedoch nur der erste und nicht einmal der wichtigste, wenn auch leider notwendige Teil der Arbeit, die sich die Fraktion zur Aufgabe gemacht hat.

Ihre zweite und entscheidende Tätigkeit muß darin bestehen, die völlig verfallene Bewegung der Kriegsoffiziere mit kommunistischem Geist, d. h. mit dem Geiste höchster revolutionärer Aktivität zu durchdringen und diese Aktivität gegen

wir nicht im lauten Geschrei der Sympathie für die 3. Internationale, in Sympathie-Resolutionen und papierenen Kundgebungen, sondern wir sehen sie in ganz bestimmten praktischen Handlungen, die überall anknüpfend an die Räte der Kriegsoffiziere, im Parlament, in der Kommune, in den Fürsorgeeinrichtungen, den Gewerkschaften usw. die Besserstellung der Kriegsoffiziere verlangen. Diese Forderungen gipfeln vor allem in dem Verlangen nach Eingliederung der Kriegsoffiziere in den Produktionsprozess gleich den Arbeitslosen und einer Reihe aus der besonderen Notlage der Kriegsoffiziere sich ergebenden Einzelforderungen.

Näheres ist zu ersehen aus der in den nächsten Tagen erscheinenden, von der Gewerkschaftszentrale der R. A. P. D. herausgegebenen Broschüre „Das Problem der Kriegsoffiziere“ (Frankes Verlag, G. m. b. H., Berlin, Blücherplatz 2).

Wenn die Bundesleitung heute wider besseres Wissen von einer Spaltung schreit und damit auf die Gefühle der unaufgeklärten Massen spekuliert, so weiß sie nur zu gut, daß sie ein verbrecherisches Spiel mit der Einheit der revolutionären Kriegsbeschädigtenbewegung treibt.

Nicht Spaltung, sondern Reinigung ist unser Ziel.

Nicht für die R. A. P. oder für die R. P. D., sondern für den Kommunismus, gegen den Pazifismus und Reformismus lautet die Parole.

Nicht der Internationale Bund wird gespalten, sondern zusammengebrochen ist nur die Schaumblase einiger pazifistischer Narren, die ihre Weisheit als Kommunismus an den Mann zu bringen versuchten.

Der Bundeskongress in Magdeburg Ostern 1921 wird sich, daß wir uns gewiß, mit überwältigender Mehrheit auf den Boden des Kommunismus stellen. Er wird dadurch die Bewegung nicht schwächen, sondern ihr viel Tausende von Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen zuführen, die sich bisher bewußt ferngehalten haben, aber gerne bereit sind, mit einer klaren und eindeutigen revolutionären Parole in den Kampf einzutreten.

Daß dabei vielleicht der Märchentraum eines pazifistischen Propheten vom „Kinderland“ verfliegen und er sich mit der kleinen Zahl seiner Jünger absplittern wird, kann der Kriegsbeschädigtenbewegung nur von Nutzen sein.

Zuschriften sind zu richten an die Zentrale der kommunistischen Fraktion der Kriegsoffiziere, Berlin C. 25, Münzstraße 24.

Aus der Provinz.

Verbestelle für Landarbeiter — Abteilung Streikbrecher.

Angeichts der gesteigerten Spannung zwischen den Landarbeitern und ihren Arbeitgebern, scheinen die Letzteren sich bereits mit dem Gedanken eines Streiks der Landarbeiter vertraut zu machen. Zu schließen ist das aus nachstehender Meldung, die uns ein Genosse überbracht hat.

Neudorfstraße 25 I.

Büro Firma Michael

Anwerbungsbüro für Landarbeiter.

Wirbt Landarbeiter für eine gewisse Firma Köpfeutcher. Die Leute werden gefragt, welcher Parteirichtung angehörend. Gehalt monatlich 300 Mark mit Verpflegung, davon werden 75 Mark zurückgehalten als Spargelder. Die Leute werden gefragt, ob sie im Besitz einer Uniform sind. Sie müssen sich verpflichten, unter Umständen zur Waffe zu greifen. Die Angeworbenen bekommen aber die Fragebogen nicht in eigenen Besitz, sondern bleiben im Büro.

Die Landarbeiter müssen also damit rechnen, daß, wenn Hunger und Not ihnen die letzte Waffe, den Streit aufzuzwingen, sie von Kollegen, mit der Waffe in der Hand, von ihrem freiheitlichen Tun und Lassen behindert werden. Daraus sollten die Landarbeiter ersehen, daß es den Großagrariern gleichgültig ist, ob Blut fließt oder nicht. Die Hauptsache ist, ihr Profit ist dadurch gesichert. Auch hier zeigt es sich, daß nur unter Anwendung aller revolutionären Kraft, sich die Landarbeiter vor Hunger, Not und Elend retten können und wenn sie entschieden für die Kontrolle der Produktion kämpfen.

An die Ortsgruppen!

Der Taschennotkalender der R. A. P. D. ist erschienen. Preis 4 Mk. Bestellungen sind sofort aufzugeben. Versand erfolgt per Nachnahme.

Unsere Arbeit in den Gewerkschaften ist in ein akutes Stadium eingetreten. Es ist darum äußerst notwendig, daß die Genossen den „Kommunistischen Gewerkschaftler“ lesen. Die Nr. 2 ist soeben erschienen. Wir bitten um sofortige Mitteilung, wieviel Abonnementsbeispiele benötigt werden (vierteljährlich 4 Mark) und wieviel für den Einzelverkauf gebraucht werden.

Alle Anfragen und Bestellungen über Literatur gehen an die „Kommunistische Bucherei“, Breslau 5, Gräbnergasse 45. Bezirksverbandsleitung der R. A. P. D., Schlesiens.

Lokales.

Breslau, den 21. Januar 1921.

Herr Heilmann, die große Kanone.

Am Dienstag, den 18. Januar, hatte die Sozialdemokratie, der Lage des 50-jährigen Vesteherz des deutschen Reiches, in Friedeberg eine öffentliche Versammlung einberufen. Als Redner erschien der schlimmsten Durschaltspolizist während des Krieges, Herr Heilmann aus Berlin. Er sprach über das Thema: Reichsgründung und die Sozialdemokratie. In seinem Referat schilderte er die Reichsgründung, sagte, daß die Geschichte am 18. Januar 1871 in Versailles ein Bund der Fürsten war, mit dem nur für sich arbeitenden Hohenadeln an der Spitze. Dann ging er auf die Sozialdemokratie ein, sagte, ihre Politik vom 4. August 1914

wäre die richtige gewesen; Deutschland mußte den Verteidigungskrieg führen. In dieser Weise ging es fort und so verberrlichte er den Krieg. In der Novemberrevolution 1918 seien sie, die Sozialdemokratie es gewesen, die Deutschland vor dem Untergang gerettet haben, indem sie die Republik schufen. Nun war er, wie alle Sozialdemokraten, auf ihrem Siedepferd, der Republik, der Demokratie angelangt und verteidigte diese gegen rechts und links, er konnte sich nicht genug tun an der „herrlichen“ Errungenschaft der „Demokratie“. Bei ihrem Verteidigen gegen rechts und links haben die Herren nur übersehen, daß sie gegen links, gegen die revolutionäre Arbeitererschaft, solange vorgingen, unter dem Beifallsgeheule der Bourgeoisie, bis unsere Westen: Luxemburg, Liebknecht, Jogisches, Levine und 15 000 namenlose andere Revolutionäre hingschlachtet waren. Gegen rechts haben sie so tüchtig gearbeitet, daß die Bourgeoisie bald ihnen die Arbeit abnahm und die Geschäfte weiterführte. Heute regt man sich auf gegen die Deutschnationalen und die Degeich, woran sie selbst schuld sind, hätten sie nur die halbe Revolution zu einer ganzen gemacht und nicht die Geschäfte der Bourgeoisie geführt.

Die sozialdemokratischen Minister lobte Heilmann als Männer, die bewiesen hatten, daß sie für die Demokratie gearbeitet haben, und die bürgerlichen Minister, besonders Hertel, haben seinen Beifall nicht gefunden. Es hörte sich übel an, wie er alles, was nicht der Demokratie zjubekte, mit kleinen Wägchen zu erledigen suchte. Die Kommunisten bekamen natürlich auch ihren Teil.

In der Diskussion, die natürlich beschritten wurde, sprachen unsere Genossen Bette und Schirner. Tetterer trat besonders in der Frage Oberschlesien dem Referenten scharf entgegen. Heilmann sagte, daß wir unbedingt Oberschlesien bei Deutschland haben mußten. Um dieses zu erreichen, muß eine einheitliche nationale Front gebildet werden. Wir Kommunisten sagen, daß die Proletarier bei den polnischen Bourgeoisie und bei der deutschen ausgeben werden, deshalb soll die Arbeitererschaft weder für Polen noch Deutschland stimmen, sondern für Sowjetrußland. Die Ausführungen unseres Genossen lösten großen Widerspruch bei der Versammlung aus. Uns bewies es, wie tief die nationalistische Hege schon in die Reihen der Arbeitererschaft mit Hilfe der S. P. D. gedungen ist. Dagegen muß Stellung genommen werden, denn die Bourgeoisie will in der Frage Oberschlesien eine chauvinistische Stimmung erzeugen, um ihren Geldbeutel zu retten. Von diesem Wahn muß das Proletariat befreit werden. Sonst bracht das Referat, die Diskussion und das Schlusswort nichts neues, nur längst abgelebte alte Kamellen wurden aufgesperrt. Die Versammlung, die mit dem Referenten auf einem tiefen Niveau stand, quittierte sie mit Grinsen.

R. F.

Die Begleiterscheinungen des Rapp-Putsches.

Offiziös wird uns mitgeteilt: Nach zahlreichen Vernehmungen von Beschuldigten und Zeugen ist es der Staatsanwaltschaft nunmehr gelungen, die umfangreichen Ermittlungen in der Angelegenheit des Rapp-Putsches teilweise abzuschließen. Die Aktenstücke sind auf 17 dicke Bände angewachsen und werden voraussichtlich mit der Zeit noch zunehmen. Die Staatsanwaltschaft hat ihren Standpunkt festgelegt. Die Vorgänge im März 1920 gliedert sie in drei Abschnitte. Die Fälle bezüglich des Verschwindens des Schottlaender, Demmig, Remane, Zifowski, Krause, Schramm und Boronow liegen natürlich am schwersten. Hier ist die Ermordung des Schottlaender und Demmig, deren Leichen gefunden wurden, einwandfrei nachgewiesen. Hierbei kommen als voraussichtliche Täter vier Personen in Betracht und zwar zwei Offiziere und zwei Mannschaften. Von diesen vermurlichen Tätern ist noch keiner festgenommen worden, weil sie trotz eingehender Ermittlungen unauffindbar sind. Die Staatsanwaltschaft hat auf jede Mitteilung hin, die ihr zugeht, sofort Nachforschungen anstellen lassen. Sie hat in den verschiedensten Gegenden Deutschlands besondere Kommissionen von Kriminalbeamten gebildet. So wurde ihr gemeldet, daß in Amsterdam ein Offizier, der im Verdacht steht, an der Beseitigung des Boronow und vier anderen Personen beteiligt zu sein, sich nach Amerika einschiffen wolle. Sie sandte sofort Kriminalbeamte nach dort, denen es auch gelang, den Offizier festzunehmen. Die holländische Regierung hat jedoch nach Zeitungsmitteilungen diesen Offizier wieder freigelassen. Die Ermittlungen werden in dieser Angelegenheit noch weiter fortgeführt. Ein Anhaltspunkt, daß sich ein Mitglied des Freikorps Ludow an diesen Morden beteiligt hat, liegt nicht vor. Es handelt sich vielmehr um Angehörige anderer Truppen, die zu damaliger Zeit die Stadt besetzt hielten. Völlig abgeschlossen sind die Vorgänge im General-Kommando, die sich in der sogenannten „Folterkammer“ abgespielt haben, und einen besonderen Abschnitt der Vorunternehmung bilden. Hier handelt es sich lediglich um Rohheitsdelikte, bei denen politische Momente völlig ausgeschlossen sind. In Frage kommen hier 3 Personen, Spielleute und Ordnonanzgen, die sich in schwerster Weise gegenüber den eingekerkerten Personen vergangen haben. Gegen diese Mannschaften hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Anklage wegen schwerer Körperverletzung erhoben. Die Akten sind der Breslauer Beschlusskammer zugegangen. Sobald diese dem Auftrag der Staatsanwaltschaft beigetreten ist, wird das Hauptverfahren eröffnet werden. Wir werden dann auch die Namen der Angeklagten veröffentlichen. Den dritten Abschnitt endlich bilden die Vorgänge, bei denen es sich um leichtere Mißhandlungen und Ausschreitungen der einzelnen Truppen auf den Straßen und in verschiedenen Amtsgebäuden der Stadt handelt. Hier ist die Voruntersuchung ebenfalls zum Abschluß gebracht worden. Da es sich in diesen Fällen um Vergehen handelt, bei denen nicht lediglich Rohheit, sondern mehr politische Momente im Vordergrund stehen, so wird hier die Anwendung des § 1, Abs. 3 des Amnestiegesetzes zu prüfen sein. Sobald eine Klärung dieser Fragen erfolgt ist, wird entschieden werden, ob das Ermittlungsverfahren einzustellen, oder das Hauptverfahren eröffnet werden soll. Gegen 17 Personen wird das Verfahren noch weiter

geführt. Hier handelt es sich um 9 Offiziere und 8 Unteroffiziere und Mannschaften. Unter diesen 9 Offizieren befindet sich auch Oberleutnant von Kulod. Der Verdacht an der Beseitigung der sieben genannten Personen ist jedoch gegen Kulod zurzeit derart gering, daß die Aufrechterhaltung des ursprünglichen gegen ihn erlassenen Haftbefehls nicht in Frage kommen konnte. Sein Aufenthalt ist übrigens der Staatsanwaltschaft bekannt. Den zahlreichen Vorladungen war Kulod nachgekommen. In dem Verfahren gegen die drei Personen, die der schweren Körperverletzung in der Folterkammer beschuldigt sind, dürften 75 Zeugen, darunter 30 Mißhandelte, vernommen werden.

Der Staatsanwaltschaft ist es also nunmehr gelungen, die umfangreichen Ermittlungen in Sachen des Rapp-Putsch teilweise abzuschließen. Das heißt, es ist ihr gelungen, die Sache so zu schieben, daß die infame Mörderbande nicht zu fassen ist. Die Morde an den Genossen Schottlaender und Demmig sind festgestellt, aber nicht festzustellen, dingfest zu machen, sind angeblich die Mörder. Und das wird von einem bürgerlichen Gericht auch niemals geschehen, denn wir haben es hier nicht mit einer Rechtsinstanz, sondern mit einer Klasseninstanz zu tun, die immer nur ihre Klasseninteressen wahrnimmt. Zu bewundern ist, mit welcher Folgerichtigkeit die Klassenjustiz das tut. Selbst vor Rechtsfälschung und Justizmord schreckt sie nicht zurück.

Mit diesem Augiasstall bürgerlicher Rechtsprechung wird das Proletariat nur aufzuklären können, wenn es dem folgerichtigen Handeln der Bourgeoisie ein ebenso konsequentes und unerbittliches Handeln, diktiert von proletarischem Rechtsempfinden, entgegenstellt. Dazu ist nötig eine einzige, geschlossene Kampffront. Die Bestrafung der Mordbuben proletarischer Führer wird und kann dann nur Aufgabe des Proletariats selbst sein.

Die „Vollmacht“, das Organ der K. S. P. D.-Führer in Breslau, drückt den offiziellen Bericht ab ohne einen Kommentar. Und das ist verständlich. Eine Führungskraft, die bemüht oder unbewußt Verrat geübt, die daran Schuld ist, daß die Ereignisse des Rapp-Putschs kommen konnten, die die Arbeiter entwaffnet und die Bourgeoisie bewaffnet hat, hat allen Grund, nicht mehr zu bringen, als ihr offiziös zugeht. Eine Führungskraft, die letzten Endes die Morde an den Führern des Proletariats auf dem Gewissen hat, hat auch gar kein Recht, moralische Entrüstung zu heucheln über die Taten der von ihr großgezogenen Mordbuben.

Speckverteilung!

Vom 20. Januar 1921 ab, werden die Speckverteilungen wieder aufgenommen. Es kommt jetzt nur reiner Bauch- oder

Rüdensteck zur Verteilung. Also nicht die sogen. amerikanischen Schweinefleischzerzeugnisse, die zwar erfolglos in Betrieb sind, nicht mehr bei den Fleischern, sondern nur bei den Kolonialwarenhandlern und in den Läden beider Konsumvereine. Die erste Verteilung beginnt am 20. Januar 1921 mit 1 Kilo Schweinefleisch für R 10. Die Fleischer und Wurstmacher sind nicht berechtigt, diese Marken entgegenzunehmen. Der Kleinhandelspreis beträgt 3,65 Mk. für 1 Pfund.

Ämtliche Bekanntmachung.

Der vom Reichswirtschaftsministerium für Januar festgesetzte Petroleumpreis beträgt für das Liter bei Lieferung aus Stragenwagen frei Haus des Kleinhändlers 6,60 Mk., ab Laden des Kleinhändlers (Verbraucherpreis) 7,25 Mk.

Die Erhebung von Gebühren bei dem Mieteinigungsamt.

Die Hausbesitzer hatten in Nr. 1 ihrer Zeitung jedenfalls Eilmärchen gelaufen, daß sie Gebühren bezahlen sollen. Daraufhin schickte sich unser hochwohlwähliger Magistrat gezwungen, eine Bekanntmachung loszulassen, in der auch folgender schöner Satz steht: Die Parteien, welche in den vor dem Spruchauschuß des Mieteinigungsamts verhandelten Sachen eine Kostenrechnung erhalten, tun also gut, zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten und Wechsellagen die in Berechnung gestellten Beträge zu bezahlen, da nach § 14 der Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern vom 23. September 1918 die Entscheidung des Einigungsamts über die Gebühr und die baren Auslagen vollstreckbar ist. — Also, geehrte Bürger, höre. Zuhle! Denn zahlen ist erzie und vornehmste Bürgerpflicht und dann kommt gleich das Maulhalten. Auf diese Art kann der alte morische Staat am besten weiterleben. Wir Proletarier, wir Entrechteten dieser Gesellschaft, haben aber gar kein Interesse an seinem Weiterbestehen.

Genossen!

Bericht die Opfer in den ungarischen Gefängnissen nicht unterstützt und fördert die Disziplin der kommunistischen Jugendinternationale. Sammelstelle: Breslau I, Ribb. Nr. 49/50. Gedruckt: Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachm. 5 bis 7 Uhr.

Achtung!

Staats- und Gemeindearbeiter!

Sonntag, den 23. Januar 1921, vormittags 10 Uhr, in den Subersinthen, Friedrich-Wilhelm-Straße 32 Versammlung aller organisierten Staats- und Gemeindearbeiter.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Auswahl des Vorstandes des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes. 2. Stellungnahme zum offenen Brief der K. S. P. D.

Der Aktionsausschuß K. S. P. D., Ortsgruppe Breslau.

Achtung! Erwerbslose. Achtung!

Morgen, Freitag vorm. 9 Uhr, im Schlegelwälder, große Arbeitslosenversammlung. Wichtigste Tagesordnung. Die Stadtverordneten haben wir hiermit beauftragt ein und sind Plätze reserviert. Erscheint in Massen! Keiner darf fehlen! Der Arbeitsloserrat.

Achtung! Mitglieder-Versammlung. Achtung!

Freitag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, im kleinen Saale „Deutscher Kaiser“, findet die Mitglieder-Versammlung statt. Thema: Arbeitsgemeinschaft oder Klassenkampf. Referent: Genosse Lubinski. Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht.

Der Aktions-Ausschuß, J. A. Nowak.

An die Ortsgruppen des Agitationsbezirks Breslau.

Sonntag, den 23. Januar 1921, vorm. 9 Uhr, findet in Breslau im Parteilokal, Nikolaistraße 49/50 eine Agitationsbezirkskonferenz statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Die Agitationsbezirksleitung, J. A. Wilms.

Zirkus Busch.

Eisenkönig Breitbart und die Zweifler. Die Meisterleistung Breitbarts, die Stränge eines mit schwerem Pferd bespannten vollbesetzten Wagens in den Zähnen haltend, längere Zeit zu führen, wurde öffentlich angezweifelt und Herr Breitbart aufgefordert, die Leistung bei einem ihm völlig fremden Geispann und zwar einem Ochsengeispann zu vollbringen. Eisenkönig Breitbart hat sich nunmehr entschlossen, die Herausforderung anzunehmen und hat sich für die Ausführung dieser eigenartigen Sache die Freitag-Abend-Vorstellung des Zirkus Busch, den 21. Januar gewählt. Er will versachen, das Ochsengeispann mit den Zähnen haltend, wie ein Rittstier zu lenken und den Wagen fortzuführen. Wer Breitbarts Pferdezug auf der Straße oder im Zirkus Busch gesehen hat, wird mit großem Interesse den Ausgang der Herausforderung verfolgen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert; für Inserate: Viehschwager & Meyer.

Druck: Buchdruckerei Büffel & Daniel, sämtlich in Breslau.

Genossen! Besucht die Distrikts-Abende.

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr:
Zigares Hochzeit.

Oper-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Der Frankfurter.

Chalio-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Wildente.

Schauspielhaus.
Operettensäle, Pl. Nr. 25/45
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Gjakobsonen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Sermelin

Theater
Freitag 7 Uhr:
Fol des mms.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 53
und Neißestraße 9.

Kim, Kip, Kop
die
Bezwinger
des
Todes
5 labelhafte
Sensationen.

Feiner:
**Gräfin
Walewska**
6 Akte.

Palast-Theater

Die Rache des
Scheintoten
Dargestellt von
Stuart Webb
in:
Der Götterspekt.

Epilepsia-
Falkner, Krippe) sowie
-Wittkammer, (Bismarck-
Eisensteinische-Mittelstufen
ersch. kostenloser Anhang auch
in schwariger Fälschung
in Schottland 1920/21
Fiedler, Warszawa 1921/22

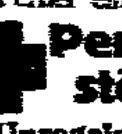
ZEPTER-KINO
2 Riesensensationen
Buffalo
der stärkste
Mann der
Welt
5 Akte
Harry Piel
Gefängnis auf dem
Meeresgrund
5 Akte Freitag bis Sonntag
Kindererziehung. In
Reich der
Zwerg 4 Akte und
Rothhäppchen, Märk.


Ludwig Herz
Blücherplatz Nr. 4

Kranke
Hararöhren-, Haut- und Geschlechtskrankheiten behandelt mit Erfolg. Viele freiwillige Anerkennungen von ausgeheilten Patienten.
Heilungsmittel Franz Joschke, Palaststr. 22, II. Tel. 016 1924 9-1, 3-7, Sonntags 9-12.

Wunderwaffe Kuppige Büste
wird erzeugt durch meine altbewährten

Büstenpräparate
zu Mk. 7.— und Mk. 9.—
beid. zusammen Mk. 16.—

Feiner empfehle bei
Periodenstörung
u. Unregelmäßigkeiten
mein altbew. Präparat. Viele
freiwill. Dankschreib. Preis
Mk. 13.— und Mk. 19.—
Katalog 60 Pf. in Marken.
Fr. Barthel  **Wien 71/72**
internat. 621

Blutmetalle
kauft
Büsch, Neumarkt 26.

Walhalla-Union
Theater
Am Wachplatz
Der nordische Abenteuerroman in **Hanni Weissen, Magda Madelene**
Der Mord ohne Täter
Auserst spannender Liebes- u. Sensationsroman aus d. Kaschamirer Verbrechen. Leb. in 2 gewaltigen Akten.
Leo Paukerl in Eine Partie 66
Toller Lustspielschlag.
Erstklassige Rezitation!

Bekanntmachung!
Hiermit gebe ich bekannt, daß ich die **Gastwirtschaft zum „Blauen Stiefel“** Herrenstraße 19, (Ecke Engelsburg) mit großem Vermögenswert **Ren** übernommen habe und wünsche meinen deutschen Freunden und Gästen ein herzlich willkommen.
Am Sonnabend, den 23. Januar 1921
Musikalische Unterhaltung.
Für Speisen und Getränke wird bestens gesorgt.
Es ladet ergebenst ein **Emil Pohl.**

Neu! Der Neu! **neue zusammenlegbare Handwagen**
Viktoria,
schlichte
Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte
billigst bei
Alfred Wolf
Alsenstr. 50 Ecke Leuthenstr.

Deutscher Eisenbahner-Verband.
Sonntag, den 23. d. Mt., vorm. 9 Uhr
findet im großen Saale des **Gewerkschaftshauses** eine **Mitgliederversammlung** statt.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Reiseveranstaltungen in Berlin.
2. Freie Ansprache.
Einladung nur gegen Kartons.
Die Ortsverwaltung Berlin.
Inferate haben in der **Schlichten** **Feb. 23.** **gönnen** **Ergebnis.**

Was biete ich
meinen Kunden zum **Inventur - Ausverkauf!**

1 Posten Kindertuchspangenschuhe mit Ledersohle, Größe 20-25 7,50	1 Posten Kinderfilzschuhe mit u. ohne Ledersohle, Größe 23-26 14,50
1 Posten Damenstoffspangenschuhe Größe 40-42, früher 24,-, jetzt 7,50	

Damenstiefel Rindbox u. Ross-Chevreau, moderne Form, prima Lederausführung Mk. **130**
Damenstiefel Hochschaft, elegante Form, extra gute Ausführung Mk. **160**
Herrenstiefel Rindbox und Ross-Chevreau, prima Lederausführung Mk. **125**
Herrenstiefel Rindbox, moderne Form, la. Ausführung Mk. **160**
Herrenstiefel Rindbox, Goodyear Welt, Rahmen-Ware, elegante Form Mk. **195**
Dam.-Schnürhalbschuhe Boxcalf u. Ross-Chevreau, gute Lederausführung Mk. **95**
Damen-Lederspangenschuhe gute Ausführung Mk. **85**
Weisse Lelcenspangenschuhe prima Ledersohle, Mk. **45**
Weisse Schnürhalbschuhe prima Ledersohle, Mk. 42.— **27**

Meine Preise sind konkurrenzlos
Besichtigen Sie meine Auslagen!

Schuhhaus
Gutfreund
(früher Keller)
Ohlauer Straße 65 (am Christophoriplatz).
Während des Ausverkaufs Umtausch ausgeschlossen!

Der gute HENNIG-CREME
in bester Qualität erhältlich in den einschlägigen Geschäften und bei **H. Hennig, Unterbleiche 5/6.**

Abgespielte Grammophon-
Platten sowie Bruch kaufen wieder zu höheren Preisen, ebenso gebrauchte Latern und Spieluhren.
Carl Sackur, Ring 54.